

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Tobias Matthias Peterka, Thomas Seitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/10979 –**

### **Maßnahmen der Bundesregierung gegen Hassbotschaften im Internet**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Im September 2015 hat der damalige Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas die Bildung einer „Taskforce“ zum Thema „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“ veranlasst. Vertreter von Internetunternehmen, „zivilgesellschaftlichen“ Organisationen und Einrichtungen der Medienkontrolle waren aufgefordert, Vorschläge für einen nachhaltigen und effektiven Umgang mit Hasskriminalität im Internet zu erarbeiten ([www.fair-im-netz.de/WebS/NHS/DE/Home/home\\_node.html](http://www.fair-im-netz.de/WebS/NHS/DE/Home/home_node.html)).

In der Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/12220 führt die Bundesregierung aus, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine Anfrage an das Unternehmen Facebook gerichtet hat mit dem Ziel, die Facebook-Löschteams zu besuchen, die vom Dienstleister Arvato betrieben werden.

1. Wer sind die Mitglieder der „Taskforce“?
  - a) Um welche Unternehmen handelt es sich?

Die Fragen 1 und 1a werden gemeinsam beantwortet.

Teilnehmer der Task Force waren Facebook, Google (für seine Videoplattform YouTube) und Twitter.

- b) Welche „zivilgesellschaftlichen Organisationen“ sind involviert?

Als zivilgesellschaftliche Institutionen nahmen der Branchenverband eco – Verband der Internetwirtschaft e. V., [klicksafe.de](http://klicksafe.de), die Amadeu Antonio Stiftung (Netz gegen Nazis) sowie der Verein Gesicht zeigen! an der Task Force teil.

c) Welche Einrichtungen der Medienkontrolle sind beteiligt?

Die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM) und jugendschutz.net waren an der Task Force beteiligt.

d) Welche Personen nahmen als Vertreter der Bundesregierung an den jeweiligen Sitzungen der „Taskforce“ teil?

Die Task Force wurde vom Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) Gerd Billen geleitet. Außerdem nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsebene des BMJV sowie anlassbezogen des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), des Bundesamtes für Justiz (BfJ) sowie des Bundeskriminalamtes (BKA) teil.

2. Wann und mit welcher Beteiligung fanden die Treffen der „Taskforce“ statt?

Die insgesamt sieben Sitzungen der Task Force fanden am 28. September 2015, am 12. November 2015, am 7. Dezember 2015, am 15. Dezember 2015, am 8. April 2016, am 8. September 2016 und am 19. Oktober 2017 im BMJV statt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Was waren die jeweiligen Gesprächsinhalte, und welche Beschlüsse wurden jeweils gefasst?

Die Sitzungen dienten dem Austausch der Beteiligten. Unter anderem stellten die Netzwerke ihre Maßnahmen gegen rechtswidrige Inhalte vor, darunter Trusted-Flagger-Programme und Counter-Speech-Initiativen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure skizzierten die Herausforderungen beim Vorgehen gegen „Hate Speech“, insbesondere beim Melden von Inhalten. Die Vertreterinnen und Vertreter von Selbstkontroll-Einrichtungen erläuterten ihre Systeme der Selbstregulierung. Strafrechtliche Aspekte wurden erörtert, ebenso wie Schnittmengen zum Jugendschutz und die Auskunftserteilung durch soziale Netzwerke.

Erstes Ergebnis war das in der Task Force erarbeitete Ergebnispapier vom 15. Dezember 2015 („Gemeinsam gegen Hassbotschaften“). Dieses beinhaltete u. a.

- das gemeinsame Verständnis, dass das deutsche Recht auch im Netz maßgeblich ist,
- das gemeinsame Verständnis zur Wichtigkeit von Counter Speech und Stärkung von Medienkompetenzen,
- Selbstverpflichtungen der Unternehmen zur
  - Schaffung anwenderfreundlicher Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden,
  - zügigen Prüfung der Beschwerden durch spezialisierte Teams,
  - unverzüglichen Entfernung rechtswidriger Inhalte nach Inkenntnissetzung; die Mehrzahl der gemeldeten Inhalte wird in weniger als 24 Stunden geprüft.

Im Verlauf der weiteren Sitzungen wurde u. a. die Umsetzung der im Ergebnispapier enthaltenen Selbstverpflichtungen thematisiert. Ein Zwischenfazit wurde am 26. September 2016 bei der Veranstaltung im BMJV: „Gemeinsam gegen Hasskriminalität im Netz – Wo stehen wir?“ gezogen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Sitzungen finden sich auf der Homepage [www.fair-im-netz.de/WebS/NHS/DE/Home/home\\_node.html](http://www.fair-im-netz.de/WebS/NHS/DE/Home/home_node.html) unter dem Punkt „Treffen der Task Force“. Auf der genannten Homepage finden sich umfangreiche weitere Informationen zur Arbeit der Task Force.

4. Besteht die „Taskforce“ heute noch?

Falls ja, mit welchem Ziel?

Nein, die Arbeit der Task Force wurde mit der siebten Sitzung am 19. Oktober 2017 abgeschlossen.

5. Gibt es außerhalb der „Taskforce“ Initiativen der Bundesregierung zur Bekämpfung von – im weitesten Sinne – „Hassrede“ („Hate Speech“) im Internet?

a) Um welche Initiativen handelt es sich?

b) Wer ist beteiligt?

c) Welche konkreten Ziele werden verfolgt?

Die Fragen 5 bis 5c werden gemeinsam beantwortet.

Am 28. September 2018 fand die Auftaktveranstaltung des „Zukunftsdialogs Soziale Netzwerke“ im BMJV statt. Der Zukunftsdialog befasst sich breit mit dem Phänomen der Hassrede; die einzelnen Veranstaltungen widmen sich unterschiedlichen Schwerpunkten und spezifischen Teilbereichen der Bekämpfung von Hassrede. Am 14. März 2019 fand der zweite Zukunftsdialog zum Thema „Unterstützung für die Betroffenen von Hassrede“ im BMJV statt. Beteiligt sind gegenwärtig Facebook, Google (für YouTube) und Twitter und anlassbezogen Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft, von Medienkontrolleinrichtungen, Staatsanwaltschaften, der Wissenschaft, sowie der Bundesregierung und der Länder.

Die Stärkung von politischer und Medienkompetenz ist ein Grundanliegen politischer Bildung und dauerhafte Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Seit September 2015 (Einsetzung der Taskforce) hat die BpB eine Reihe an Maßnahmen zu der Thematik Hassrede (Hate Speech) durchgeführt. Aber auch schon davor war das Thema in den Angeboten der BpB fest verankert. Ziel der Maßnahmen ist es, Medienkompetenz verschiedener Zielgruppen in Bezug auf Hassrede zu stärken, die Bevölkerung für dieses Phänomen zu sensibilisieren und möglichst wirkungsvolle Handlungsstrategien zur Bekämpfung von Hass im digitalen Kontext zu entwickeln.

Exemplarisch zu nennen sind hier die Durchführung einer Fachtagung mit dem Titel „hate speech“ in 2017, das Online Spiel „Moderate Cuddelfish“ zu HateSpeech und Meinungsfreiheit im Netz sowie Webvideoformate wie „#ImKäfig“, „Jamal al-Khatib“, „Reflect Your Past“ und „Say my Name“ im Rahmen des Nationalen Präventions-programm gegen islamistischen Extremismus (NPP).

Seit 2016 koordiniert das Bundeskriminalamt als Zentralstelle der deutschen Polizei den ein-mal jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Hasspostings. Im Jahr 2019 waren Polizeidienststellen in 13 Bundesländern an den Maßnahmen beteiligt. Dazu gehören Wohnungsdurchsuchungen und

Vernehmungen. Den Tätern wird vorgeworfen, Hasskommentare im Internet gepostet zu haben, etwa öffentliche Aufforderungen zur Begehung von Straftaten, Beleidigungen von Amtspersonen oder antisemitische Beschimpfungen.

6. Unterstützt die Bundesregierung finanziell oder auf andere Weise Initiativen, die sich die Bekämpfung von – im weitesten Sinne – „Hate Speech“ zur Aufgabe gemacht haben, etwa durch Maßnahmen wie Gegenrede?
- Welche Organisationen bzw. Initiativen werden unterstützt?
  - Welche Art der Unterstützung wird seitens der Bundesregierung geleistet?
  - Welche Beträge werden gezahlt (bitte für jede Organisation bzw. Initiative separat auflisten)?
  - Unterstützt die Bundesregierung solche Organisationen bzw. Initiativen auf indirekte Weise, d. h. durch Unterstützungsleistungen (finanziell oder organisatorisch) an Dritte, die mit Kenntnis der Bundesregierung wiederum entsprechende Organisationen oder Initiativen unterstützen?

Die Fragen 6 bis 6d werden gemeinsam beantwortet.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ seit 2017 den Erwerb und Ausbau digitaler Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Hassrede, Hetze und Verschwörungs-ideologien im Netz. In einem eigens hierfür geschaffenen Programmbereich werden 34 Modellprojekte für die Stärkung des Engagements im Netz und gegen Hass im Netz gefördert. Dies bezieht sich auf menschenfeindliche Inhalte aller Art. Alle Projekte des Programmbereichs beschäftigen sich unmittelbar bzw. mittelbar mit der Bekämpfung von „Hate Speech“. Der nachfolgenden tabellarischen Übersicht können die geförderten Projekte mit Angaben zum Förderzeitraum und zur Fördersumme der Haushaltsjahre 2017 und 2018 entnommen werden. Für das Haushaltsjahr 2019 ist eine valide Angabe von aufgewandten Bundesmitteln erst nach Abschluss des Haushaltsjahres möglich. Daher sind hier nur die bewilligten Fördersummen aufgeführt.

Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mitbewilligungen)
1	LPR-Trägersgesellschaft für jugendschutz.net gGmbH	jugendschutz.net – Jugendpolitisches Kompetenzzentrum für den Schutz junger User im Netz	01.01.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 4.111.772,85 € 2017: 1.095.624,99 € 2018: 1.388.853,62 € 2019: 1.627.294,24 € (bewilligt)
2	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.	#Dislike – Kontrapunkte gegen Hass im Netz	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 249.865,20 € 2017: 39.354,72 € 2018: 105.697,62 € 2019: 104.812,86 € (bewilligt)

Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mitbewilligungen)
3	La Red – Vernetzung und Integration e. V.	Democratic Meme Factory (DMF)	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 302.004,32 € 2017: 42.177,43 € 2018: 129.911,85 € 2019: 129.915,04 € (be- willigt)
4	Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH	Gesellschaft gemeinsam gestalten – Partizipation von Geflüchteten und Unterstützer_innen im Netz stärken	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 372.247,42 € 2017: 37.751,00 € 2018: 161.472,96 € 2019: 173.023,46 € (be- willigt)
5	Landesjugendring Niedersachsen e. V.	we-decide – Jugend mischt mit!	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 348.500,00 € 2017: 90.000,00 € 2018: 129.250,00 € 2019: 129.250,00 € (be- willigt)
6	juuuport e. V.	WERTE LEBEN – ONLINE	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 363.240,01 € 2017: 107.035,93 € 2018: 128.102,04 € 2019: 128.102,04 € (be- willigt)
7	Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH	Salam2You – Radikalisierungsprävention und -intervention in den Sozialen Medien	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 308.560,00 € 2017: 48.560,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
8	Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e. V.	„#CreateYourWeb – Digitale Courage ist Zivilcourage“	01.10.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 201.890,44 € 2017: 23.612,75 € 2018: 91.555,61 € 2019: 86.722,08 € (be- willigt)
9	FGM – Forschungsgruppe Modellprojekte e. V.	Hate-Speech entgegentreten, Demokratische Diskussionskultur im professionellen Kontext stärken	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 313.613,95 € 2017: 53.613,95 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
10	gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft	Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech	21.08.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 376.159,00 € 2017: 116.159,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)

Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mitbewilligungen)
11	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	SmartCamps zur Extremismusbekämpfung und Demokratiestärkung	15.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 348.000,00 € 2017: 94.200,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 123.800,00 € (bewilligt)
12	Bund für Soziale Verteidigung e. V.	LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 390.000,00 € 2017: 130.000,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (bewilligt)
13	Sapere Aude e. V.	Gegen Antisemitismus und Antisraelismus im Netz – mit jungen Leuten, für junge Leute	15.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 385.990,00 € 2017: 125.990,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (bewilligt)
14	Deutsche Gesellschaft, eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa	#freireden? #mitreden. #gegenreden!	01.10.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 135.900,00 € 2017: 15.900,00 € 2018: 60.000,00 € 2019: 60.000,00 € (bewilligt)
15	Netzwerk Migration in Europa – Network Migration in Europe e. V.	PLAMEDI – Plattform für Medien und Diversität	01.09.2017 - 31.08.2019	Gesamt: 167.297,51 € 2017: 36.794,34 € 2018: 75.448,88 € 2019: 55.054,29 € (bewilligt)
16	Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.	Russischsprachige im Netz gegen Fremdenfeindlichkeit (RING-F)	01.01.2018 - 31.12.2019	Gesamt: 325.000,00 € 2018: 162.500,00 € 2019: 162.500,00 € (bewilligt)
17	3ALOG – interreligiöse, interkulturelle Begegnung e. V.	Mehr.Wert – Für Toleranz & Vielfalt auch im Netz	01.10.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 229.395,93 € 2017: 37.745,93 € 2018: 88.700,00 € 2019: 102.950,00 € (bewilligt)
18	Kubus e. V.	Hass ist Handicap – das Projekt für inklusive Kommunikation im Netz	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 412.000,00 € 2017: 100.000,00 € 2018: 182.000,00 € 2019: 130.000,00 € (bewilligt)

Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitlel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mitbewilligungen)
19	Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH	Der Teufel auch im Netz – Analyse und Aktionsformen im Kontext demokratiefeindlicher christlicher Social Media	01.10.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 304.283,60 € 2017: 45.616,10 € 2018: 129.323,52 € 2019: 129.343,98 € (be- willigt)
20	Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.	#fairspeech	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 199.911,11 € 2017: 33.557,91 € 2018: 77.748,54 € 2019: 88.604,66 € (be- willigt)
21	aktuelles forum e. V.	Date Speech – Respekt im Netz (Arbeitstitel)	01.01.2018 - 31.12.2019	Gesamt: 165.916,92 € 2018: 79.348,16 € 2019: 86.568,76 €
22	Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Be'Jachad – Gemeinsam.Gegen Hass	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 303.316,08 € 2017: 43.316,08 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
23	Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e. V.	BoostCamps für mehr Demokratie (BCD)	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 273.468,38 € 2017: 30.228,06 € 2018: 123.156,50 € 2019: 120.083,82 € (be- willigt)
24	Berghof Foundation Operations GmbH	Streitkultur 3.0: Lernräume und -medien für junge Menschen zur Auseinandersetzung mit Hass und Gewalt im Netz	21.08.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 357.863,42 € 2017: 60.543,95 € 2018: 162.329,32 € 2019: 134.990,15 € (be- willigt)
25	Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.	MULTIPLY RE:CLAIM	15.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 358.795,08 € 2017: 41.556,24 € 2018: 157.757,73 € 2019: 159.481,11 € (be- willigt)
26	Amadeu Antonio Stiftung	Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 303.333,33 € 2017: 43.333,33 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
27	Digitale Helden gemeinnützige GmbH	Heldenpartner – für ein starkes Netz im digitalen Notfall	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 313.200,00 € 2017: 63.600,00 € 2018: 124.800,00 € 2019: 124.800,00 € (be- willigt)

Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mitbewilligungen)
28	Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.	Social Media Interventions! – rechtsextremen Geschlechterpolitiken im Netz begegnen	01.09.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 329.000,00 € 2017: 69.000,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
29	Neue deutsche Medienmacher e. V.	NO HATE SPEECH 2018/2019. Für Meinungsvielfalt und zivile Debattenkultur in den Webpräsenzen der Medien	01.01.2018 - 31.12.2019	Gesamt: 281.000,00 € 2018: 160.000,00 € 2019: 121.000,00 € (be- willigt)  <u>Hinweis:</u> Dieses Projekt wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration kofinanziert.
30	Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg (LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork) e. V.	Da.Gegen.Red	01.10.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 165.735,39 € 2017: 26.753,78 € 2018: 72.010,94 € 2019: 66.970,67 € (be- willigt)
31	gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft	bislang: Innovationsfonds für digitale Modellprojekte für die Demokratieförderung neu: demokratie.io – Innovation fördern. Demokratie stärken	01.09.2017 - 30.11.2019	Gesamt: 296.885,00 € 2017: 36.885,00 € 2018: 130.000,00 € 2019: 130.000,00 € (be- willigt)
32	Neue Narrative e. V.	Stolpersteine gegen Radikalisierung	01.01.2018 - 31.12.2019	Gesamt: 153.200,00 € 2018: 129.200,00 € 2019: 24.000,00 € (be- willigt)
33	Ufuq e. V.	Bildmachen - Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in sozialen Medien	01.08.2017 - 31.12.2019	Gesamt: 750.000,00 € 2017: 150.000,00 € 2018: 300.000,00 € 2019: 300.000,00 € (be- willigt)
34	International Network against Cyber Hate (INACH)	„Bringing the Online in Line with Human Rights – Combating Cyber Hate through Monitoring and Education“	01.01.2018 - 31.12.2019	Kofinanzierung: Gesamt: 60.447,50 €  2018: 29.924,50 € 2019: 30.523,00 € (be- willigt)



Daneben unterstützt die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) im Rahmen der Modell- und Richtlinienförderung 24 Projekte zur Bekämpfung des Phänomens der Hassrede (HateSpeech) im weitesten Sinne. Ziele dieser geförderten Projekte sind u. a. der Erwerb und Ausbau von Handlungskompetenzen in der digitalen Welt. Weiterhin soll mit den Projekten die Kompetenz zur Gegenrede gestärkt werden. Die konkreten Projekte sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Modellförderung				
Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mittelbewilligungen)
1	DGB-Bildungswerk Thüringen e. V.	ON I OFF gegen Rassismus	2016	2016: bis zu 31.585,04 Euro (bewilligt)
2	INACH Netzwerk	INACH 2016/2017	2016-2017	60.000,00 €
3	Initiative #DisruptPopulism	Preisstiftung beim #DemoDay der Initiative #DisruptPopulism	2017	15.686,50 €
4	Roma Center e. V.	Clip aganst Hate – Roma-Kids für positive Netzkultur	2018-2019	21.122,50 €
5	Open Knowledge Founation Deutschland	Demokratielabore (Kofinanzierung DL)	2018-2019	275.000,00 € (Planung)
6	Gustav-Stresemann-Institut e. V. (GSI) Bonn	Video-Diskussionen zur Wahl zum Europäischen Parlament	2019	2019: 41.750,00 € (bewilligt)
7	Literaturbrücke Berlin e. V. /Haus der Poesie	Kolloquium Hate Fake Rage	2019	2019: 15.000,00 € (beantragt)
8	Politische Akademie Tutzing	15. Tutzinger Radiotage – Handwerk statt Buzzwords	2019	11.000,00 € (Planung)
9	Kijufi – Landesverband Kinder- und Jugendfilm e. V.	Klappe Auf! Für Demokratie und Kinderrechte	2019	80.000,00 € (Planung)
10	Förderverein des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)	In Vielfalt leben: Die kommunalen Integrationsbeiräte als demokratische Akteure stärken	2019-2020	61.650,00 € (beantragt)
11	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.	„Liest Du noch oder hetzt Du schon?“ – Zum Umgang mit Hate Speech in der Jugendverbands- und Geflüchtetenarbeit	21.10.2016-23.10.2016	2.960,00 €
12	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.	(Netz-)Gesellschaft ohne Hasskultur	12.12.2016 - 16.12.2016	9.674,88 €
13	Amadeu Antonio Stiftung	Tweet Up: Vernetzt, verhetzt, gewählt.	08.03.2016	408,00 €
14	Amadeu Antonio Stiftung	Tweet Up: Vernetzt, verhetzt, gewählt.	13.07.2016	650,00 €

Modellförderung				
Nr.	Zuwendungsempfänger/-in	Projekttitel	Gesamtförderzeitraum	Fördersummen (soweit zutreffend mit Mittelbewilligungen)
15	Archiv der Jugendkultur e. V.	Soziale Medien und Diskriminierungsformen (YouTube und Co.) – Handlungsmöglichkeiten gegen Hate Speech zu Gender und Homo- und Transfeindlichkeit im Netz	07.12.2017	374,00 €
16	BAK Arbeit und Leben	Ich zeig mich so, wie ich bin. Öffentliche Kommunikation und Hate Speech in Sozialen Medien	07.06.2017 - 09.06.2017	2.484,72 €
17	Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.	Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus: „Hate Speech und alltäglicher Rassismus in sozialen Netzwerken“	06.10.2017 08.10.2017	1.450,14 €
18	BAK Arbeit und Leben	Hate Speech und Cybermobbing	10.12.2018 14.12.2018	3.800,00 €
19	BAK Arbeit und Leben	Ich zeig mich so wie ich bin? Öffentliche Kommunikation und Hate Speech in Sozialen Medien	22.01.2018 25.01.2018	3.014,00 €
20	Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V.	Die Würde des Menschen ist unantastbar. Beleidigen, attackieren, hetzen – „Hate Speech“ in den sozialen Medien. Ein Rhetorikseminar	20.08.2018 22.08.2018	3.000,00 €
21	Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V.	Die Würde des Menschen ist unantastbar. Beleidigen, attackieren, hetzen – „Hate Speech“ in den sozialen Medien. Ein Rhetorikseminar	22.08.2018 24.08.2018	1.600,00 €
22	LA Red – Vernetzung und Integration e. V.	MY CONTRA – Hass und Hoffnung. Praxistraining zur Einführung in die Themen Hate- & Counter Speech (nicht nur) durch Memes	07.04.2018 08.04.2018	780,00 €
23	riesa efau. Kultur Forum Dresden	Love Trolls – Kein Platz für Hass Empowerment-Seminar für von rassistischen Anfeindungen betroffene Initiativen	20.10.2018 21.10.2018	1.412,75 €
24	Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V.	Die Würde des Menschen ist unantastbar. Beleidigen, attackieren, hetzen – „Hate Speech“ in den sozialen Medien. Ein Rhetorikseminar	15.04.2019 17.04.2019	6.500,00 €

7. Haben Vertreter der Bundesregierung die Facebook-Löschteams oder Löschteams anderer Social-Media-Unternehmen besucht?
- a) Wann fand das bzw. fanden die Treffen statt?
- b) Was wurde besprochen?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Am 21. Juni 2017 fand in Berlin ein Treffen von Staatssekretär Billen (BMJV) mit dem Dienstleistungsunternehmen Arvato, das gemeldete Inhalte für Facebook prüft, statt. Es wurde u. a. über den Umgang mit Beschwerden sowie die Zusammensetzung der Bearbeitungsteams gesprochen.

8. Haben sich Vertreter der Bundesregierung mit Vertretern von Organisationen oder Unternehmen getroffen und dabei die Bekämpfung von – im weitesten Sinne – „Hate Speech“ besprochen?
- a) Mit den Vertretern welcher Unternehmen oder Organisationen gab es solche Besprechungen?
- b) Wann fanden die Besprechungen jeweils statt?
- c) Was war jeweils konkret Gegenstand der Besprechung?

Die Fragen 8 bis 8c werden gemeinsam beantwortet.

Die Mitglieder der Hausleitungen der aktuellen Bundesregierung haben zum Thema Hate Speech die aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlichen Besprechungen durchgeführt. Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche – einschließlich Telefonate – besteht dabei nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde nachfolgend auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

Ressort	Mitglied der Hausleitung	Datum	Unternehmen/Organisation	Gegenstand der Besprechung
BMJV	Staatssekretär Billen	25.04.2018	Jun Rechtsanwälte	Hassrede im Internet; NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	26.06.2018	Google	Umsetzung des NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	17.07.2018	Facebook	Umsetzung des NetzDG
BMJV	Bundesministerin Barley	12.09.2018	Google	Terroristische Inhalte; NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	27.09.2018	Twitter	Umsetzung des NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	29.10.2018	ichbinhier	Hassrede im Internet
BMJV	Staatssekretär Billen	16.01.2019	Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Kommission für Jugendmedienschutz	NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	16.01.2019	Zentralrat der Juden	Hasskriminalität im Netz
BMJV	Bundesministerin Barley	22.01.2019	Facebook	Hatespeech/NetzDG
BMJV	Staatssekretär Billen	13.02.2019	Spiegel	Hass-Kampagnen im Internet

Ressort	Mitglied der Hausleitung	Datum	Unternehmen/Organisation	Gegenstand der Besprechung
BMJV	Staatssekretär Billen	25.03.2019	Facebook	Transparenzbericht 2. Halbjahr 2018
BMJV	Staatssekretär Billen	05.04.2019	Google	Transparenzbericht 2. Halbjahr 2018
BMJV	Staatssekretär Billen	16.04.2019	Amadeu Antonio Stiftung	Beratung für Opfer digitaler Gewalt
BMJV	Staatssekretär Billen	24.06.2019	Deutscher Städtetag	Hasskriminalität im Netz
BMJV	Staatssekretär Billen	25.06.2019	Zentralrat der Juden	Hate Speech
BMJV	Staatssekretär Billen	25.06.2019	ichbinhier	Hate Speech
BMJV	Staatssekretär Billen	25.06.2019	Evangelische Kirche in Deutschland	Hate Speech
BMJV	Staatssekretär Billen	04.07.2019	Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten	NetzDG
BMI	Staatssekretär Dr. Teichmann	01.08.2018	Google Germany GmbH	Umsetzung des NetzDG
BK-Amt	Staatsministerin Bär	02.05.2018	Google	Minderwertige Inhalte im Netz, Fake News, Hate Speech
BK-Amt	Staatsministerin Bär	20.06.2018	Google Europe	Urheberrecht – aktuelle Entwicklungen und Initiativen im Digitalbereich
BK-Amt	Staatsministerin Bär	10.10.2018	Vodafone Stiftung	Hasskommentare, Desinformation im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Bär	14.03.2019	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland	Hass im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Bär	01.04.2019	Facebook	Hass im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Bär	15.05.2019	Twitter	Hass im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Bär	03.06.2019	Exclamo	Mobbing im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Bär	20.06.2019	Instagram/Facebook	Hass im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Widmann-Mauz	26.08.2018	nohatespeech	Gespräch im Rahmen des Tages der offenen Tür der BReg zu Hass im Netz
BK-Amt	Staatsministerin Widmann-Mauz	04.07.2019	ichbinhier	Hassrede im Internet

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1, 5 und 7 verwiesen.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg ihrer Maßnahmen gegen „Hassbotschaften“ bzw. „Hate Speech“ im Internet?

Die Bundesregierung beurteilt ihre Maßnahmen insgesamt als zielführend:

Die im Rahmen der Task Force vereinbarte freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen führte zu ersten Verbesserungen. Diese reichten aber nicht aus. Ein von jugendschutz.net durchgeführtes Monitoring der Löschpraxis sozialer Netz-

werke vom Januar/Februar 2017 hat ergeben, dass die Beschwerden von Nutzerinnen und Nutzern gegen Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte nach wie vor nicht unverzüglich und ausreichend bearbeitet wurden.

Es zeigte sich hier weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Daher wurde das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) verabschiedet, das am 1. Oktober 2017 in Kraft getreten ist.

Kernstück des Gesetzes sind die bußgeldbewehrten Compliance-Vorgaben zum Beschwerdemanagement. Große soziale Netzwerke müssen nun effektive Beschwerdemechanismen vorhalten, über die ihnen strafbare Inhalte auf ihren Plattformen gemeldet werden können. Das Beschwerdeverfahren muss gewährleisten, dass offensichtlich strafbare Inhalte binnen 24 Stunden, strafbare Inhalte in der Regel binnen sieben Tagen gelöscht werden. Ausnahmen zu dieser Frist gelten in schwierigen Fällen, wenn die Rechtswidrigkeit eines Inhalts von der Unwahrheit einer aufgestellten Behauptung abhängt, oder wenn soziale Netzwerke Entscheidungen über die Rechtswidrigkeit eines Inhalts an eine anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung übergeben.

Die sozialen Netzwerke haben nach eigenen Angaben in Meldestrukturen und Personal investiert, um für ihre Nutzerinnen und Nutzer ansprechbar zu sein und rechtswidrige Inhalte zu entfernen.

Es gibt aber noch Verbesserungspotenzial. Das Bundesamt für Justiz (BfJ) hat am 2. Juli 2019 ein erstes noch nicht rechtskräftiges Bußgeld in Höhe von 2 Mio. Euro gegen Facebook verhängt. In dem Bußgeldbescheid rügt das BfJ insbesondere, dass im veröffentlichten Transparenzbericht über das erste Halbjahr 2018 die Anzahl der eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte unvollständig ist.

Daneben war und ist es Ansicht der Bundesregierung, dass das NetzDG nur ein Ansatz im Rahmen verschiedener, sich ergänzender Maßnahmen bei dem Bemühen gegen strafbare Hassinhalte ist. Ein wichtiger weiterer Baustein ist z. B. die – in der Verantwortung der Länder liegende – Strafverfolgung der einzelnen Täter. Sehr wichtig sind zudem die Stärkung der Medienkompetenz und zivilgesellschaftliche Initiativen.





